



LANDESJUGENDAMT

info

INHALT

Vorwort	2
Aus der Arbeit des Landesjugendamtes	3
Aus dem Landesjugendhilfeausschuss	3
Einladung zur 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung	4
Aus der Verwaltung	6
120. Arbeitstagung der BAG Landesjugendämter	6
Neue Runde im Fachkräfteaustausch: Türkische Kita-Delegation in Mainz	8
Eindrücke aus der Arbeit der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle ehemalige Heimkinder Rheinland-Pfalz	10
Die Pflegekinderhilfe: Stabil und verlässlich wie ein Boot der Seenotrettung	12
Gut gerüstet im Krisenfall II: Planspiel im Jugendamt der Stadt Konstanz	15
Jugendschutz in mediatisierten Lebenswelten	17
Der Blick zurück	20
Fachtag des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“	20
Bundestagung des Netzwerks Fortbildung: Kinder bis drei	22
Kinderrechte-Fachtagung 2016	25
Jugend stärken! – Fachtagung	27
Für Sie besucht	28
Flüchtlingsfamilien im Schatten der Hilfe?	28
Termine	31
Impressum	34



VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 18. Mai 2016 haben wir eine neue Landesregierung, die auch für uns in der Verwaltung des Landesjugendamtes etliche Veränderungen mit sich bringt. Nunmehr sind die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe auf zwei Ministerien verteilt: die Kindertagesstätten und die Schulsozialarbeit wurden dem Ministerium für Bildung (BM) zugeordnet, alle anderen Bereiche verbleiben im bisherigen Ministerium, das im Aufbau etwas verändert wurde und nunmehr Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz heißt. Aber keine Sorge, die Qualität der Aufgabenwahrnehmung wird sich nicht ändern: Landesjugendamt und Landesjugendhilfeausschuss werden gemeinsam mit den beiden Ministerien dafür sorgen, dass die Einheit der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz gewahrt bleibt und das System sorgsam und fachlich stabil weiter entwickelt wird. Und es kann ja durchaus auch Vorteile haben, wenn die Belange von Kindern und Jugendlichen an mehreren Stellen im Mittelpunkt stehen!



Einheitliches und gleichzeitig übergreifendes Handeln ist in der Kinder- und Jugendhilfe mit ihren vielen Partnern ohnehin schon immer eine Selbstverständlichkeit. Neue Herausforderungen sind zu erwarten, wenn die Reform des SGB VIII mit ihren Vorschlägen zur inklusiven Lösung tatsächlich Realität wird. Noch aber warten wir alle gespannt auf einen Entwurf aus dem Bundesministerium. Inzwischen wird Juli als Termin für die Veröffentlichung genannt – wir können Sie also frühestens im nächsten Heft näher informieren.

Bis dahin wünsche ich Ihnen einen Sommer, der diesen Namen auch verdient.

Mit herzlichen Grüßen

Birgit Zeller

Mitglieder der AG Info des Landesjugendamtes

Birgit Zeller	Leiterin der Abteilung Landesjugendamt
Florian Reinert	Referat Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe
Annegret Merkel	Referat Kindertagesstätten, Kindertagespflege
Katja Heilmann	Referat Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen
Aline Kröhle	Vorzimmer Abteilung Landesjugendamt
Karin Klein-Dessoy	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum
Carina Hormesch	Geschäftsführung BAG Landesjugendämter
Karin Hanel	Referat Soziales Beratungswesen, Verbraucherinsolvenz, ambulante Hilfen zur Erziehung, Stiftungen
Kirsten Grogro	Hilfen zur Erziehung, ASD, Servicestelle Kinderschutz, BI Frühe Hilfen
Beate Fischer-Glembek	Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen, Vollzeitpflege

AUS DER ARBEIT DES LANDESJUGENDAMTES

Aus dem Landesjugendhilfeausschuss

Rückblick auf die Sitzung am 25. April 2016

Der neue Präsident Detlef Placzek stellte sich im Landesjugendhilfeausschuss vor.

Die Bestellung eines Präsidenten oder einer Präsidentin des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung muss viele „Hürden“ nehmen, um endgültig zu sein. Nach den gesetzlichen Regelungen ist der Landesjugendhilfeausschuss zur Besetzung des Präsidentenamtes anzuhören. Diese kleine „Hürde“ wurde erfolgreich gemeistert.

Dr. Rainer Frank, Leiter der Zentralabteilung im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, übernahm in Vertretung des Staatssekretärs David Langner die Einführung in das Verfahren zur Bestellung des Präsidenten und begründete die Personalentscheidung von Staatsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Er stellte dar, dass Herr Placzek zwar bereits im März 2016 von Ministerin Bätzing-Lichtenthäler zum Präsidenten ernannt worden sei, durch den Status der Erprobung aber Raum für die Berücksichtigung des Votums des Landesjugendhilfeausschusses bei der endgültigen Bestellung gegeben sei. Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung von Herrn Placzek wurde dem Landesjugendhilfeausschuss Gelegenheit zu einer Aussprache gegeben.

Der Landesjugendhilfeausschuss befürwortete den Personalvorschlag der Ministerin einstimmig. Der Vorsitzende Albrecht Bähr wünschte Detlef Placzek im Namen des Landesjugendhilfeausschusses für seine neue Funktion viel Erfolg und alles Gute.

Ausblick auf die Sitzung am 26. September 2016

Die ursprünglich für Juni vorgesehene Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses entfällt und wird auf den Sitzungstermin am 26. September 2016 verschoben. Die letzte Sitzung des amtierenden Ausschusses mit der Bilanz und dem inhaltlichen Vermächtnis an den neuen Ausschuss sowie der Verabschiedung der Mitglieder wird damit am gleichen Tag stattfinden wie die Neukonstituierung des Landesjugendhilfeausschusses für die neue Legislaturperiode.

Einladung zur 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung

„Gesellschaftliche Integration in der Kommune gestalten – Zuwanderung als Herausforderung für die (Jugendhilfe-)Planung“

Die diesjährige Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung wird ihre Ergebnisse Staatsministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Anne Spiegel persönlich darstellen können. Sie hat erfreulicher Weise ihre Teilnahme an der Veranstaltung zugesagt!

Die Jahrestagung findet am 29. Juni 2016 im Erbacher Hof in Mainz statt.

Sie ist in diesem Jahr den Fragen der Integration zugewanderter junger Menschen und ihrer Familien gewidmet, genauer allen Planungsfragen, die sich im Hinblick auf eine gelingende gesellschaftliche Integration von Zuwanderern und auf ein gedeihliches Miteinander von Alt- und Neubürgerinnen und -bürgern stellen.

Am Vormittag wird neben der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses Albrecht Bähr und den Präsidenten des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Detlef Placzek der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration Miguel Vicente in das Thema einführen. Im anschließenden Podiumsgespräch mit Akteuren von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe (Landrat Rainer Kaul (Landkreis Neuwied); Prof. i.R. Dr. Franz Hamburger; Claudia Völcker (Leiterin der Abt. Jugend, Familie und Soziales der Stadt Speyer); Christiane Giersen (AG Diakonie in Rheinland-Pfalz); Ela Strieder (Journalistin, Koordinatorin der ehrenamtlichen „Integrationsbegleiter Nierstein/Oppenheim“) soll die Herausforderung für die Planung charakterisiert werden.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein buntgefächertes Feld. Um allen Erfahrungsbereichen gerecht zu werden, sollen die Perspektiven für die Bewältigung einer gesellschaftlichen Integration aus unterschiedlichen Blickwinkeln in sieben Arbeitsgruppen diskutiert werden:

- Das Jugendamt als strategisches Zentrum des Aufwachsens
- Rolle der Jugendhilfeplanung für die Gestaltung der gesellschaftlichen Integration im Sozialraum
- Bedarfs(bzw. zielgruppen-)gerechte Angebote der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern (UMA) und von Angeboten der Erziehungshilfe für begleitet zugewanderte junge Menschen
- Merkmale einer guten Planung für zugewanderte junge Menschen und ihre Familien
- Bildung, Ausbildung und berufliche Integration zugewanderter junger Menschen planen
- Elternarbeit, Familienarbeit, Familienbildung, Frühe Förderung für die Zielgruppe planen
- Kindertagesstätten und -tagespflege planen für die Aufnahme von Kindern aus zugewanderten Familien

- Selbstorganisation und Ehrenamt - am Beispiel von Freizeitgestaltung, Jugendarbeit

Zur Erinnerung ein kurzer Steckbrief der LAG:

Die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung wurde vor rund 20 Jahren auf der Basis von § 7 Abs. 4 AGKJH, also des Landesausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz, gegründet. Ihre Funktion ist es, das Landesjugendamt in der Wahrnehmung seiner Aufgaben – hier auf die Jugendhilfeplanung bezogen – zu unterstützen. Sie umfasst heute rund 100 Mitglieder, darunter alle Träger der öffentlichen Jugendhilfe, alle wesentlichen Träger der freien Jugendhilfe, wissenschaftliche Institute sowie Einzelpersonen, die sich mit Jugendhilfeplanung befassen. Unterstützung der Jugendhilfeplanung bedeutet vor diesem Hintergrund auch die grundsätzliche Werbung für Jugendhilfeplanung und für ihre Bedeutung im Kontext der Gestaltung einer kinder-, jugend- und familienfreundlichen Lebenswelt.

Die Jahrestagung widmet sich jeweils aktuellen Fragen, unterschiedlichen Planungsthemen und den erforderlichen Strukturen und Verfahren der Planung.

Katja Zapp
Telefon 06131 967-526
Zapp.Katja@lsjv.rlp.de

120. Arbeitstagung der BAG Landesjugendämter vom 18. bis 20. Mai 2016 in Münster

Die Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Landesjugendämter hat auf ihrer Arbeitstagung im Mai zwei neue Papiere verabschiedet:

1. „Handlungsleitlinien für Kinderschutzkonzepte zur Prävention und Intervention in Kindertageseinrichtungen“ und
2. „Verfahren bei grenzüberschreitenden Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen im Inland. Arbeitshilfe zur Durchführung der Konsultationsverfahren nach Art. 56 Brüssel IIa-VO, Art. 33 KSÜ, §§ 45 ff. IntFamRVG“.

Wie soll eine Kindertagesstätte damit umgehen, wenn in ihrer Mitte gegen die Prinzipien zeitgemäßer Pädagogik und im schlimmsten Fall gegen die Rechte von Kindern verstoßen wird? Solche Fälle stellen Ausnahmen dar, sie haben aber fatale Auswirkungen auf die Kinder und wirken verunsichernd auf das Personal, auf die Eltern sowie auf den Träger. Die von der BAG Landesjugendämter entwickelten Handlungsleitlinien für Kinderschutzkonzepte zur Prävention und Intervention in Kindertageseinrichtungen bieten Teams und Trägern für diese schwierigen Situationen Unterstützung an. Sie zielen darauf ab, sowohl den intervenierenden als auch den präventiven Kinderschutz in Einrichtungen zu optimieren. Sie beschreiben Haltungen, Methoden und Maßnahmen, die dazu beitragen, Grenzverletzungen, Übergriffen und anderen Formen von Gewalt im Kita-Alltag vorzubeugen. Und sie geben Leitungskräften und Teams differenzierte Hinweise, wie mit einem Verdacht oder einer tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdung durch Personal der Kindertagesstätte professionell und angemessen umgegangen werden kann. Die Hauptadressaten der Handlungsleitlinien sind die Landesjugendämter bzw. die erlaubniserteilenden Behörden, Jugendämter, Träger von Einrichtungen und insbesondere die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen. Die BAG Landesjugendämter hofft, dass diese praxisorientierten Leitlinien in den Kindertagesstätten wirksame Impulse setzen werden.

Die Arbeitshilfe zu den sog. Konsultationsverfahren nach Art. 56 Brüssel IIa-VO, Art. 33 KSÜ, §§ 45 ff. IntFamRVG setzt sich mit der grenzüberschreitenden Unterbringung von Kindern und Jugendlichen aus dem europäischen Ausland im Bundesgebiet auseinander. Bei diesen Konsultationsverfahren entscheiden die Landesjugendämter als überörtliche Träger der Jugendhilfe darüber, ob sie der geplanten Unterbringung zustimmen oder ob sie diese verweigern. Zwar gibt es jährlich bundesweit nur eine überschaubare Anzahl dieser Fallkonstellationen; die Verfahren sind jedoch sehr komplex und erfordern die Beteiligung mehrerer Stellen im In- und Ausland. Die Arbeitshilfe zielt darauf ab, die Praxis bundesweit zu vereinheitlichen und durch eine gleichmäßige Gestaltung im Bundesgebiet dem Schutz und den Interessen der betroffenen Kinder und Jugendlichen zu dienen. Auch wenn sich das Papier in erster Linie an die überörtlichen Träger richtet, kann es als Grundlage für einen Austausch mit den örtlichen Jugendämtern und anderen Unterstützersystemen vor Ort genutzt werden. An der Erarbeitung war neben den Fachleuten der Landesjugendämter auch das Bundesamt für Justiz beteiligt.

Der Leiter der länderübergreifenden Arbeitsgruppe „Landesverteilstellen“ zur Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland informierte die Mitgliederversammlung über die aktuellen Schwerpunkte. Ging es nach der Gründung der Arbeitsgruppe zunächst darum, die notwendigen Schritte für die Umsetzung des seit 1. November 2015 in Kraft getretenen Gesetzes einzuleiten, stehen nun die Benennung zentraler Problemlagen und die Entwicklung gemeinsamer Lösungsansätze im Vordergrund. Aktuelle Diskussionsgegenstände sind bspw. die vielfältigen Problematiken bei der Zusammenführung verwandter Personen oder das Zusammenwirken mit den Ausländerbehörden. Immer wieder schließen sich bei den Diskussionen an eine Detailfrage weitere Problemlagen an, weshalb sich die Prozesse zur Lösungsfindung nicht einfach gestalten. Deutlich wurde dabei aber auch, dass eine Vereinheitlichung dieser Problemlagen unabdingbar ist, um die jungen Menschen auf eine dem Kindeswohl dienende Art und Weise verteilen und versorgen zu können.

Eine andere Arbeitsgruppe der BAG Landesjugendämter ist mit der durch die neue Gesetzeslage notwendig gewordenen Aktualisierung der „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ (2014) befasst.

Dr. Thomas Mühlmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik in Dortmund, stellte die wichtigsten Ergebnisse der Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes (BKisSchG) an Hand von 13 Kernpunkten vor. So lautet bspw. einer dieser Kernpunkte, dass Kooperationen und Netzwerke im Kinderschutz insgesamt ausgebaut und verbessert wurden, jedoch noch konzeptionelle Klärungs- und Entwicklungsbedarfe zur verbindlichen Zusammenarbeit aller zum Schutz von Kindern und Jugendlichen relevanten Akteure bestehen. In ihrem Fazit ergeben die wissenschaftlichen Untersuchungen, dass das BKisSchG als wichtiger Impulsgeber für die Praxis gewirkt und viele Neuentwicklungen in Gang gesetzt hat, aber auch, dass die Umsetzung mit großen regionalen und institutionellen Unterschieden erfolgte. Die Landesjugendamtsleitungen appellieren an die Politik, die Ergebnisse auf Bundesebene nachhaltig weiter zu nutzen.

Die BAG Landesjugendämter wird sich am 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (www.jugendhilfetag.de) vom 28. bis 30. März 2017 in Düsseldorf mit einem Messestand und vielen Fachveranstaltungen beteiligen.

Weitere Informationen und alle Veröffentlichungen stehen unter www.bagljae.de zur Verfügung.

Carina Hormesch
Telefon 06131 967-162
Hormesch.Carina@lsjv.rlp.de

Neue Runde im Fachkräfteaustausch: Türkische Kita-Delegation in Mainz

Was vor über 10 Jahren mit Kontakten zwischen einer Mainzer Kita und einem Kindergarten in Istanbul begonnen hat, konnte sich inzwischen zu einem regelmäßigen Fachkräfteaustausch entwickeln.

Nachdem bereits zwei Weiterbildungsgruppen des SPFZ in den Jahren 2012 und 2014 je eine Woche in Istanbul verbracht und vor Ort Kitas, Schulen und andere soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche kennengelernt hatten, kam nun zum zweiten Mal eine Gruppe von Kita-Leitungen aus dem Istanbul Stadtteil Küçükçekmece nach Rheinland-Pfalz. Sie



waren vor allem daran interessiert, das rheinland-pfälzische Kindertagesystem kennenzulernen und konkrete Beispiele für die vielfältige Praxis hier vor Ort zu besuchen.

Empfang bei Ministerin Irene Alt

Begleitet wurde die Gruppe von einem Vertreter des Bildungsministeriums, der in Küçükçekmece für mehr als 700 Schulen und Kindergärten zuständig ist und dem in der Kommune zuständigen Beauftragten für Jugend, Bildung und Weiterbildung.

Das Programm, das vom SPFZ organisiert wurde, war breit gefächert und orientierte sich an einer umfangreichen Interessenliste, die die Gäste vorab geschickt hatten. Im Laufe der Woche besuchte die Delegation Mainzer Kindertageseinrichtungen mit unterschiedlichen Ausrichtungen, darunter Einrichtungen mit familienorientiertem, integrativem, interkulturellem oder offenem Konzept, außerdem einen Montessori-, einen Waldorf- und einen Waldkindergarten. Außerdem stand noch ein Kinderhort auf dem Programm. Auch zwei Schulen hat die Gruppe kennengelernt: die Goethe-Grundschule und die Waldorfschule. Dazu kamen der Besuch in einem Jugendzentrum sowie bei drei Weiterbildungsinstituten in unterschiedlicher Trägerschaft: die VHS Mainz, das Institut für interkulturelle Pädagogik im Elementarbereich und das SPFZ selbst.

Ein besonderes Erlebnis war der Empfang bei der scheidenden Ministerin Irene Alt.

Die Präsentation der rechtlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungen im Kitabereich im Land Rheinland-Pfalz machte die großen Anstrengungen von Land und Kommunen in den letzten Jahren sichtbar.

Ein anderer Höhepunkt der Woche war ein kleines Fest im SPFZ zusammen mit einigen Teilnehmerinnen der Istanbul-Fahrten und mit den Gastgebern dieser Woche.



Gute Stimmung bei der abendlichen Feier im SPFZ

Auch die vielen türkischsprachigen Fachkräfte, die die ganze Woche für die Übersetzung gesorgt hatten, kamen dazu, so dass es keine Kommunikationsprobleme gab.

Bei der Auswertung am 13. Mai 2016 wurde deutlich, dass die türkischen Besucherinnen und Besucher viele wertvolle Anregungen erhalten haben. Vor allem die Beitragsfreiheit für Kinder ab 2 Jahren, ein im Vergleich mit der Türkei sehr hoher Prozentsatz an Bedarfsdeckung und die Vielfalt an Konzepten haben die Teilnehmenden sehr beeindruckt.

Die Gruppe hat sich in Mainz sehr willkommen gefühlt und wurde am Ende der Woche vom Präsidenten des Landesamtes Detlef Placzek herzlich verabschiedet. Nach seiner Ansicht wäre diese Art Fachkräfteaustausch nicht nur für den Elementarbereich, sondern auch für andere Felder der sozialen Arbeit interessant.



Abschiedsfoto mit dem Präsidenten

Ellen Johann
Telefon 06131 967-132
Johann.Ellen@lsjv.rlp.de

Eindrücke aus der Arbeit der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle ehemalige Heimkinder Rheinland-Pfalz

„Ich möchte mich auf diesem Weg herzlich bei Euch allen bedanken für Euer Tun in meiner Angelegenheit. Ich bin immer noch baff und positiv überrascht, dass endlich mir, was meine Vergangenheit anbetrifft, geholfen wird. Meine Skepsis war anfangs sehr groß. Nie habe ich zu hoffen gewagt, dass mir so viel Unterstützung zuteilwird.“

Diese Rückmeldung eines Betroffenen an eine Beraterin der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle ehemalige Heimkinder Rheinland-Pfalz zeigt die hohe Anerkennung, die dieses Angebot bei den Betroffenen genießt.

Neben den formalen Aufgaben der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle, u.a. der

- fachlich qualifizierten, niedrighschwelligem und alltagsorientierten Erstinformation und Beratung der Betroffenen und ihrer Angehörigen,
- Unterstützung bei der Einsicht in Akten und andere Dokumente und bei der Kontaktaufnahme mit Einrichtungen und Jugendämtern in Rheinland-Pfalz,
- Unterstützung bei der Antragstellung zur Geltendmachung von finanziellen Leistungen aus dem Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“

liegt die Kernkompetenz dieser Institution in der persönlichen Beratung, die für die Betroffenen vielfach von unschätzbarem Wert ist. Dies zeigen auch die vielen schriftlichen Rückmeldungen, die oft von einer großen Dankbarkeit zeugen. So ist es für die Betroffenen in vielen Fällen ein Schlüsselerlebnis, auf einen Menschen zu treffen, der sich zum ersten Mal in ihrem Leben ihre Geschichte vorbehaltlos anhört. Die Beraterin Johanna Surrey von der Anlaufstelle dazu: „Neben den Leistungen aus dem Fonds Heimerziehung ist es für viele Betroffene von größerer Bedeutung, dass sie ihre Geschichte erzählen können und dass ihnen geglaubt wird. Es ist wichtig für sie, sich mit ihrem Leben als Heimkind gesehen und nicht verachtet zu fühlen.“

Dabei überlassen die Beraterinnen den Betroffenen selbst die Entscheidung, ob und in welcher Tiefe sie im Beratungsgespräch über ihre furchtbaren Erfahrungen sprechen möchten. Johanna Surrey: „Die Betroffenen kommen oft mit großen Ängsten und Befürchtungen zum Beratungsgespräch. Von daher beruhigen und informieren wir die Menschen darüber, dass sie selbst entscheiden, ob und was sie von ihren Erlebnissen im Heim erzählen möchten. Das hilft den meisten Betroffenen, die Beratung für sich zu nutzen. Viele, die anfangs klar äußern, dass sie nichts über ihren Heimaufenthalt erzählen möchten, beginnen dann doch in einer für sie erträglichen Dosis davon zu sprechen. Unser Ziel ist es, die Beratungsgespräche mit den ehemaligen Heimkindern so zu führen, dass diese erhobenen Hauptes aus dem Haus gehen können.“

Die Bedeutung des Beratungsgesprächs für die Betroffenen fasst Johanna Surrey folgendermaßen zusammen: „Die Betroffenen haben meist durch unvorstellbar gewaltvolle Erlebnisse in der Heimerziehung ihre Würde als Kind und Mensch aberkannt bekommen. Es ist für sie oft ein lebenslanger Prozess, sich vom Leben und der Gesellschaft willkommen zu fühlen und dies zu erfahren. Das Beratungsgespräch dient als ein Ort der Begegnung, indem durch Zuhören, dem vorbehaltlosem Verständnis

und dem Respekt gegenüber der entwickelten Überlebensstrategien und der Lebensleistung trotz schwierigster Startbedingungen in das Leben, ein kleiner, aber hoffentlich heilsamer Teil dieser Würde zurückgewonnen werden kann.“

Auch wenn viele Betroffene äußern, dass mit den Leistungen des Fonds Heimerziehung das erlittene Leid nicht wieder gut zu machen ist, sind die Leistungen aus dem Fonds für viele Betroffenen ein kleiner finanzieller Lichtblick.

Bis zum Ende der Meldefrist am 31.12.2014 haben sich insgesamt 1.018 ehemalige Heimkinder bei der Anlaufstelle in Rheinland-Pfalz gemeldet. 131 dieser 1.018 Personen wollten bzw. konnten aus den unterschiedlichsten Gründen keine weiteren Leistungen der Anlaufstelle in Anspruch nehmen (z.B. kein weitergehendes Interesse, anderes Bundesland zuständig, Voraussetzungen für Leistungen aus dem Fonds nicht erfüllt). Von den verbleibenden 887 Betroffenen haben 356 ihre Leistungen aus dem Fonds vollständig in Anspruch genommen, 88 Personen warten im Augenblick noch auf ihr persönliches Beratungsgespräch. Die Verfahren für alle verbleibenden Betroffenen sind in Bearbeitung. Bis Herbst 2016 sollen alle Beratungsgespräche geführt sein.

Frank Wettengel
Telefon 06131 967-380

Wettengel.Frank@lsjv.rlp.de

Johanna Surrey
Telefon 06131 967-527

Surrey.Johann@lsjv.rlp.de

Die Pflegekinderhilfe: Stabil und verlässlich wie ein Boot der Seenotrettung

Fachtagung: „Heranwachsen in der Pflegekinderhilfe“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegekinderdienste aus Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland vom 17. bis 18. April 2016

Im Unterschied zu den vergangenen Jahren lag der Schwerpunkt der Fachtagung 2016 ausschließlich auf einer Zielgruppe, nämlich bei den Pflegekindern im Alter zwischen ca. 14 bis ca. 25 Jahren. Andere Beteiligte wie die Herkunfts- oder Pflegeeltern wurden nur hinsichtlich ihrer rechtlichen Stellung und ihrer Unterstützungsfunktionen mit in den Blick genommen. Erstmals kamen bei einer Veranstaltung, die sich ausschließlich an Fachkräfte der Pflegekinderhilfe richtete, zwei in der Jugendhilfe aufgewachsene junge Erwachsene als Referentin und Referent in eigener Sache zu Wort.

Zum Auftakt der Tagung, die mit 85 Teilnehmenden ausgebucht war, hob Prof. Dr. Wolfgang Schröer von der Universität Hildesheim hervor, dass Vollzeitpflege keinesfalls als Defizitausgleich verstanden werden dürfe, sondern im Gegenteil als Förderinfrastruktur ausgebaut sein müsse. Sein Vortrag hatte den Titel: „Vielfalt in Kindheit, Jugend und Familien – Herausforderungen für die Förderung der Vollzeitpflege.“ Um Vielfalt zuzulassen, empfahl er der Jugendhilfe den „Abschied von den Mittelköpfen“, worin er die Abkehr von der Bildungstradition, Mittelwerte zu erheben, verstanden wissen wollte. Warnend machte der Referent darauf aufmerksam, dass die Jugendhilfe oft zu schnell damit zufrieden sei, durch die individuellen Entscheidungen im Einzelfall Vielfalt ausreichend sicherzustellen. Fehlende Langzeitstudien im Bereich der Pflegekinderhilfe in Deutschland erschwerten den Blick auf die Zielgruppe. So hätten Studien in Schweden und den USA herausgearbeitet, dass Pflegekinder im Alter von 18 Jahren deutlich geringer qualifizierte Schulabschlüsse hätten als andere junge Menschen. Dieser „Nachteil“ für die Pflegekinder sei jedoch bei einer Nachuntersuchung der Zielgruppen, sobald diese das 27. Lebensjahr erreicht hätten, nicht mehr zu erkennen. Pflegekinder müssten neben den schulischen Herausforderungen andere „Leistungen vollbringen“ (z.B. die Integration in ein neues Familiensystem), die Gleichaltrigen erspart blieben. Befragungen von erwachsenen Pflegekindern hätten ergeben, dass diese den Schulerfolg als zentralen Faktor für ihr Wohlbefinden in Kindheit und Jugend benannt hätten. „Normal sein“ wäre wichtig für diese Pflegekinder gewesen, Pflegefamilie als normale Familie zu erleben, ein normales Kind im Regelschulsystem sein. Vor diesem Hintergrund und aufgrund seiner Zusammenarbeit mit der Pflegekinderhilfe im Bereich Care Leaver plädierte Prof. Dr. Schröer für eine Abkehr vom kompensatorischen Bildungsverständnis hin zu einer Förderung der Bildungsbiographie. Er warb für eine „Kultur des Wiedersehens gegen die Finalisierung“. Dies bedeute für die Pflegekinderhilfe, junge Menschen über die Volljährigkeit hinaus in ihren Pflegefamilien oder im Rahmen der Verselbständigung zu unterstützen.

Die Ausführungen von Prof. Dr. Schröer waren die perfekte Einstimmung auf den Beitrag der beiden hessischen in der Jugendhilfe aufgewachsenen Care Leaver. Sie schilderten eindrucksvoll von ihren Erfahrungen im Übergang von der Jugendhilfe zur Selbstständigkeit. Sie ließen die Fachkräfte daran teilhaben, welche Auswirkungen kurzfristige und unkoordinierte Beendigungen von Maßnahmen für die jungen Menschen haben. Ihre authentischen Berichte lösten bei den Fachkräften Betroffenheit

und intensive Nachfragen aus. Viele Teilnehmende versicherten den beiden Mitgliedern des hessischen Heimbeirates, dass ihre berufliche Praxis von Transparenz und aktiver Unterstützung der von ihnen betreuten Pflegekinder geprägt sei.

Diana Eschelbach, Juristin und erfahrene Referentin in der Pflegekinderhilfe stellte die rechtlichen Grundlagen der Vollzeitpflege für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene umfassend und detailliert vor. Das Skript zu ihrem Vortrag können die Fachkräfte als Entscheidungsgrundlage in ihrer täglichen Praxis nutzen. Die Referentin betonte die Pflichten der Sozialleistungsträger im SGB I - Auskunftspflicht (§ 15 SGB I) Beratungspflicht (§ 14 SGB I) und Hinwirkungspflicht (§ 17 SGB I) - explizit, um die Fachkräfte zu ermutigen ihre Aufgaben konsequent im Sinne der jungen Menschen wahrzunehmen. Ferner wies sie auf die Grundsätze des SGB VIII: Subsidiarität, Pluralität in der Jugendhilfe, Freiwilligkeit der Leistungen und das Wunsch- und Wahlrecht hin.

Prof. Dr. Christian Schrapper hatte seinen Beitrag „Heranwachsen und Selbstständig werden in der Pflegekinderhilfe - Herausforderungen für junge Menschen, Eltern und Fachkräfte der Pflegekinderhilfe“ in drei Teile gegliedert. Themen und Thesen waren:

- Heranwachsen und Selbstständig werden sind unausweichlich „Sturm und Drang“
- Pflegefamilien sind besonders fragile Boote in dieser stürmischen See
- Pflegekinderhilfe muss „Rettungsinseln“ in solchen stürmischen Zeiten bereithalten

Neben den verunsichernden Entwicklungsprozessen der Pubertät definierte Prof. Dr. Christian Schrapper das Selbstständig werden als eine soziale Herausforderung, die sich in den letzten 50 Jahren kontinuierlich verändert habe und in unterschiedlichen Kulturkreisen unterschiedlich verlaufe. Die Entwicklungsaufgabe für junge Menschen bestehe darin, selbstständig selbstbewusst, selbstbestimmt, selbstverantwortlich zu werden. Um sich diese Fähigkeiten zu erarbeiten, benötigten sie Orientierung und Unterstützung.

Der Pflegekinderhilfe riet er, den jungen Menschen in dieser schwierigen Lebensphase nicht nur einen Rettungsring zuzuwerfen, bei dem man nicht sehe, wo die Leine endet, sondern diese am stabilen und sichern Boot der Seenotrettung (Pflegekinderhilfe) gut sichtbar zu befestigen. Aufgabe der Fachkräfte sei es, in Prozessen unterschiedlicher Verunsicherung den jungen Menschen, seine Herkunftsfamilie und seine Pflegefamilie intensiv zu begleiten: Aufmerksam zu sein, weil alte Themen wieder neue Bedeutung gewinnen könnten (Gründe für die Trennung von der Familie, Identitäts- und Loyalitätskonflikte). Neue Themen zu bearbeiten, die aufkommen, wie Zukunftsperspektiven zu planen und Zugehörigkeitsvorstellungen zu entwickeln. Da diese Prozesse mehrfach krisenhaft verlaufen könnten, sei „ein kompetentes und belastbares Krisenmanagement“ für die Pflegekinderhilfe unverzichtbar, so Prof. Dr. Schrapper weiter. Sein Fazit lautete: „Heranwachsen und Selbstständig werden ist auch für die Pflegekinderhilfe eine unausweichliche und zugleich sozial gestaltbare Aufgabe....konfrontiert mit viel Verunsicherung....konfrontiert mit dem was danach kommt.... eine Verunsicherung, die frühere Erfolge (z.B. gute Vermittlung) der eigenen Arbeit in Frage stellt... eine Aufgabe, die kompetent und zuverlässig gestaltet werden will!“ Er wünschte den Teilnehmenden dabei viel Erfolg.

Den Abschluss der Tagung gestaltete Andrea Lange-Reichardt, Leiterin des Jugendamtes Buxtehude, unter dem Titel „Begleitung junger Menschen beim Übergang von der Unterbringung in die Eigenständigkeit“. Sie nahm zunächst Bezug auf den 14. Kinder und Jugendbericht der Bundesregierung, der das Jahrzehnt der Verselbständigung in den Blick nimmt. Sie referierte über Arbeitsansätze und Konzepte, die in ihrer Behörde geplant und entwickelt worden sind, um junge Menschen im Übergang von einer Jugendhilfemaßnahme in die Selbständigkeit zu unterstützen und angemessen zu begleiten, und berichtete von Kooperationsmodellen mit Schulen, ARGE, Verbänden etc.. So habe eine Expertengruppe aus verschiedenen niedersächsischen Jugendämtern und von freien Trägern eine Aufstellung von Kompetenzen erarbeitet, die notwendig sind, um sicherzustellen, dass ein junger Mensch alleine und eigenständig leben könne. Den Kompetenzbereichen seien Fähigkeiten und Handlungsoptionen zugeordnet worden, über die Jugendliche oder junge Erwachsene verfügen müssen um eigenständig zu leben. So gehöre beispielsweise zum Kompetenzbereich Gesundheit der sorgsame Umgang mit dem eigenen Körper, Arztbesuche bei Erkrankungen, Vorlage von ärztlichen Attesten bei Schule oder Arbeitgeber, aber auch der verantwortungsvolle Umgang mit Sexualpartnern und Verhütung.

Andrea Lange-Reichardt ging am Ende ihres Vortrags auf Handlungsfelder und Maßnahmen ein, die in ihrem Hause bereits erfolgreich durchgeführt oder aber angestrebt werden – so beispielsweise „die Buxtehuder Bildungsoffensive“, ein Zusammenschluss von Sozialleistungsträgern, Schulen etc., die z.Z. eine Handreichung zur Zusammenarbeit von verschiedenen Institutionen erstellt, um junge Menschen während des Übergangs von der Jugendhilfe zur Selbständigkeit zu unterstützen. Hierzu gehört außerdem die Aufnahme der „Bildungsplanung“ für jeden einzelnen jungen Menschen in die Hilfeplanung ab dem 16. Lebensjahr unter Begleitung durch oder in Abstimmung mit der ASD oder PKD-Leitung, ebenso wie die Entwicklung einer Qualifizierungsmaßnahme für Pflegeeltern zum Thema Verselbständigung des Pflegekindes.

Die Rückmeldung der Teilnehmenden zeigte, dass sie Inspiration und Motivation mitnahmen, die sie in ihre Arbeit mit Pflegekindern und Familien einfließen lassen wollen.



Beate Fischer-Glembek
Telefon 06131 967-367
Fischer-Glembek.Beate@lsjv.rlp.de

Gut gerüstet im Krisenfall II: Planspiel im Jugendamt der Stadt Konstanz

E„Wir sind alle noch tief beeindruckt vom Planspiel ... es wird sicherlich nachhaltige Wirkung haben, dass wir das erleben konnten!“

Mit diesen Worten dankte der Amtsleiter des Jugendamtes Konstanz der Spielleitung in einer Email für die Begleitung des wenige Tage zuvor durchgeführten Planspiels.



Rückblick: In der Februarausgabe 2016 des LJA-Info haben wir bereits über den vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) angebotenen Workshop „Grundlagen der Krisenkommunikation für Jugendämter“ berichtet, in dem die teilnehmenden Jugendämter unter anderem hilfreiche Hinweise auf den Umgang mit Krisen bekamen, wie sie durch Fälle ausgelöst werden, in denen ein Kind zu Schaden oder sogar zu Tode gekommen ist.

Dem Landesjugendamt Rheinland-Pfalz bot sich im April nun die Möglichkeit, an einem Planspiel der Stadt Konstanz teilzunehmen. Organisatorisch und inhaltlich durch Andreas Reuter vom Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) vorbereitet, war Kirsten Grogro vom Landesjugendamt in die Spielleitung mit eingebunden und wirkte zudem an der anschließenden Dokumentation mit.

Das Planspiel fand ganztägig in den Räumlichkeiten des Jugendamtes statt. Im vorbereiteten Szenario wurde der erste Tag nach Bekanntwerden eines Kinderschutzfalls mit Todesfolge in einer Echtzeitsimulation von den Beteiligten „durchgespielt“. Seitens der Stadt Konstanz nahmen ca. 25 Personen teil: Neben dem Bürgermeister und zwei Beschäftigten der kommunalen Pressestelle beteiligten sich die komplette Leitungsebene des Jugendamtes sowie etliche Fachkräfte aus dem Allgemeinen Sozialen Dienst und anderen Fachbereichen der Abteilung.

Die Rollen der Pressevertreterinnen und -vertreter übernahmen der erfahrene Journalist und Referent Falk Wellmann und seine Fachkollegin Simone Thiel, so dass sowohl der Print- als auch der Fernsehbereich professionell und kompetent abgedeckt waren.

Nach einer kurzen Einführung in den Ablauf und die Spielregeln begann das Spiel in den jeweils für die einzelnen Spielgruppen vorbereiteten Räumen. Eine außerordentlich wichtige Spielregel war beispielsweise die Verpflichtung, alle beabsichtigten Aktionen (Spielzüge) im Vorfeld der Spielleitung schriftlich mitzuteilen.

Besondere Aufmerksamkeit galt hierbei den Spielzügen und Aktionen des Krisenstabs, der mit den tatsächlich in einem realen Krisenfall vorgesehenen Funktionsträgern besetzt war (die übrigen Rollen wurden nach dem Zufallsprinzip vergeben).

Die der Spielleitung derart mitgeteilten Spielzüge wurden nach Eingang chronologisch visualisiert. Die beeindruckende Anzahl von 68 Spielaktionen gab bereits zu diesem Zeitpunkt viele gute Hinweise auf das fachliche Handeln und Vorgehen der Fachkräfte des Jugendamtes sowie des Krisenstabs.

Die Presseaktionen wurden durch Falk Wellmann und Simone Thiel gesteuert. Mittels Telefonanrufen, Interviews, Filmaufnahmen und (per Email an alle Spielgruppen versendeten) Presseberichten mussten die Akteure im Planspiel die Situation und das eigene Handeln immer wieder neu bewerten.

Eine Rahmung erhielt das Planspiel durch die zeitlich vorgegebenen Programmelemente Mitarbeiterversammlung und Pressekonferenz, wo alle Teilnehmenden zusammen trafen, die Situation im Dialog reflektierten und weiter entwickelten.

In der abschließenden Auswertungsrunde schilderten die Teilnehmenden ihre unmittelbaren Eindrücke und Erfahrungen des zurückliegenden Tages. Insgesamt waren alle von der im Planspiel entstandenen Dynamik beeindruckt. Besonders die mit der Spieldauer zunehmende Vermischung mit der Realität, die Ernsthaftigkeit in der Rollenübernahme sowie das damit verbundene emotionale Erleben wurde von vielen als „im Vorfeld nicht vorstellbar“ beschrieben.

Als fachlich enorme Herausforderung wurde insgesamt die Komplexität des Sammelns, Bündelns und Beurteilens von (immer wieder neuen) Informationen bewertet.

Nicht minder bedeutsam waren Erkenntnisse über interne Kooperationsprozesse, sowie die notwendige Unterstützung der Fachkräfte durch die Leitung in einem möglichen Krisenfall. Denn gerade diese Einsichten über den Aufbau und die Struktur der eigenen Verwaltung werden auch über den konkreten Anlass hinaus ihre Wirkung entfalten und positive Effekte erzeugen.

Hinweise für eine zielführende Kommunikation mit regionaler und überregionaler Presse rundeten diese erste Auswertungsrunde ab.

Im Nachgang zu diesem Planspiel fand eine differenzierte Auswertung und Analyse mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Konstanz statt. Das Jugendamt Konstanz erhielt neben der bereits erwähnten Tagesdokumentation ein Krisenhandbuch, welches unter Berücksichtigung der kommunalen Strukturen die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen des Planspiels aufgreift und weiter entwickelt.

Das Landesjugendamt wird die rheinland-pfälzischen Jugendämter und ihre Pressestellen Anfang 2017 zu einem einführenden Workshop in die Grundlagen der Krisenkommunikation nach Mainz einladen. Daran anknüpfend wird es das Angebot eines Planspiels in der am Beispiel der Stadt Konstanz beschriebenen Form geben. Ein erstes Pilotprojekt in Rheinland-Pfalz ist für den Herbst 2016 in Ludwigshafen vorgesehen.

Kirsten Grogro
Telefon 06131 967-134
Grogro.Kirsten@lsjv.rlp.de

Jugendschutz in mediatisierten Lebenswelten

Jugendschutzfachtagung 2016

Kinder und Jugendliche wachsen in einer mediatisierten und digitalisierten Gesellschaft auf, stellte Prof. Dr. Nadia Kutscher von der Universität Vechta zu Beginn ihres Vortrags im Rahmen der Jahrestagung Kinder- und Jugendschutz am 9. Mai 2016 fest. Fast alle Jugendlichen (ab 12 Jahren) besitzen ein eigenes Handy, über 90 % von ihnen sogar ein eigenes Smartphone und einen eigenen Internetzugang. Instant-Messenger und insbesondere WhatsApp sind uneingeschränkt die von Jugendlichen am meisten genutzten Kommunikationsanwendungen im Internet. Eine Unterscheidung zwischen On- und Offline, wie sie die gesetzlichen Regelungen zum Jugendmedienschutz vorsehen, wird von Jugendlichen heute nicht mehr gemacht – man ist immer und überall erreichbar. Dadurch verändern sich Privatheitsnormen, so Nadia Kutscher. Private Räume in Sozialen Medien sind öffentlich und öffentliche Räume gleichzeitig privat – es erfolgt eine neue Normierung von Handeln in solchen Räumen.

Diese Veränderungen werden mit dem von Friedrich Krotz entwickelten Begriff der Mediatisierung umschrieben. Gemeint ist damit ein von Medien durchdrungener Alltag, welcher in zeitlicher und räumlicher Sicht sowie auch hinsichtlich der sozialen Beziehungen seine Ausprägungen findet. Beispielsweise können heute zu jeder Zeit Serien über das Internet abgerufen werden, auch an entlegenen Orten kann man per Mobilfunk Kontakt zu anderen halten und schließlich haben Medien heute auch einen Einfluss auf das Familienleben oder den Freundeskreis.

Aus diesen Rahmenbedingungen ergeben sich immer neue Herausforderungen für den Kinder- und Jugendschutz. Zu „klassischen“ Themen des erzieherischen Jugendmedienschutzes wie exzessive Mediennutzung, Cyber-Mobbing oder Sexting, die schon seit einigen Jahren in der (Fach-)Öffentlichkeit diskutiert werden, treten weitere hinzu:

- Informationen, die aktiv preisgegeben werden (Profilangaben in Sozialen Netzwerken, öffentliche Nachrichten) und damit einhergehend die soziale Zugehörigkeit um den Preis des Kontrollverlusts über die eigenen Daten.
- Informationen, die passiv preisgegeben werden (Metadaten und Big Data).
- Digitale Ungleichheit - damit ist die Ungleichheit in der Mediennutzung, die auf der Verfügbarkeit von Offline-Ressourcen, wie ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital beruht, gemeint. Durch Fähigkeiten, wie beispielsweise Lesekompetenz, technischen Fähigkeiten, Vorwissen, kritische Reflexion, usw. werden Themenpräferenzen, die Bandbreite und die Motive der Nutzung beeinflusst.
- Fear of missing out, kurz Fomo (das Gefühl bzw. die Angst ohne das Nutzen von Medien etwas zu verpassen).

Daneben bietet die Mediatisierung auch Chancen für Kinder und Jugendliche. Es gibt neue Angebots- sowie Beteiligungsmöglichkeiten und durch die Möglichkeit jeden zu erreichen kann die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gefördert werden. Obwohl Jugendliche oft hinsichtlich der Gefahren Bescheid wissen, z.B. Preisgabe von Daten im Internet, besteht eine Diskrepanz zwischen Aufgeklärtheit und faktischem Handeln.



Referentin Nadia Kutscher

Allerdings betreffen laut Nadia Kutscher die aus Sicht des Jugendschutzes bestehenden Herausforderungen und Gefahren, nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern Erwachsene gleichermaßen. Oder die Gefahren gehen sogar vom Nutzungsverhalten Erwachsener aus, z.B. durch Netzwerkprofile mit Informationen über die eigenen Kinder oder Internetpräsenzen von (Jugendhilfe-)Einrichtungen mit Daten (Bilder, Informationen) der Adressatinnen und Adressaten. Darüber hinaus entstehen neue Normierungen in der Gesellschaft. Zum Beispiel eine Erreichbarkeitsnorm, in der ein bewusstes „Offline-Sein“ nicht akzeptiert wird.

Beim Thema Big Data legte Nadia Kutscher einen Schwerpunkt. Sie definierte Big Data als eine enorme Masse von Informationen, die nie zuvor gemessen, gespeichert, analysiert und verbreitet werden konnte und jetzt datafiziert wird. Dabei bezog sie sich auf Kenneth Cukier und Viktor Mayer-Schönberger und gab deren drei Kernaussagen wieder. So bedeutet Big Data zunächst die Möglichkeit der Analyse sehr großer Datenmengen bezogen auf ein konkretes Problem. Zum anderen muss der Nutzer bereit sein, eine gewisse Unschärfe der Daten zu akzeptieren und bedarf eines wachsenden Respekts für Korrelationen.

Ein Beispiel hierfür sind personalisierte Preise für das gleiche Produkt. Dafür werden Nutzerinnen und Nutzer unter anderem anhand ihrer vergangenen Einkäufe, des genutzten Endgeräts oder vermuteter Interessen unterschiedliche Preise für das gleiche Produkt angeboten. So kann einem Nutzer, der mit einem neuen Apple-Gerät surft, ein höherer Preis für eine Urlaubsreise angezeigt werden, da die Wahrscheinlichkeit, dass er über mehr Geld verfügt, bei ihm höher ist.

Big Data verfolgt mehrere Zwecke und wird vor allem aus diesen Gründen von den Unternehmen als besonders wertvoll angesehen. Es dient u.a. dem Marketing (z.B. Kundensegmentierung, personalisierte Werbung), der Beschaffung und Produktion (z.B. Materialbedarfsplanung), dem Controlling und der Finanzdienstleistung (z.B. Kreditrisikobewertung).

Neben Big Data fällt unter den Begriff des Data-Minings auch der Bereich der „predictive analytics“. Dieser Bereich setzt sich mit der Vorhersage („prediction“) der wahrscheinlichen Zukunft und von Trends auseinander. Als Beispiel nannte Nadia Kutscher das sogenannte „predictive policing“, welches in Deutschland in zeitlich befristeten Pilotprojekten getestet wird. Dabei werden Falldaten zur Berechnung der Wahrscheinlichkeit zukünftiger Straftaten analysiert, um so Polizeieinsätze besser steuern zu können.

Den beschriebenen Herausforderungen kann von Seiten des Jugendschutzes nicht damit begegnet werden, sich der Weiterentwicklung zu entziehen und einen Verzicht auf Medien zu propagieren, um die damit einhergehenden Schwierigkeiten zu vermeiden. Vielmehr bedarf es pädagogischer Arrangements, die Jugendliche im Aufwachsen in einer mediatisierten Lebenswelt begleiten, so Nadia Kutscher. Dabei können

Digitale Medien als Kontaktmedien für Eltern und pädagogische Fachkräfte dienen. Der Umgang mit Digitalen Medien muss zum Erziehungsthema der Eltern gemacht werden und als Bildungsaufgabe im schulischen und außerschulischen Kontext verankert werden. Dabei müssen ambivalente Medienpraktiken von Erwachsenen genauso thematisiert werden wie (Medien-)Bildung als Reproduktion von Ungleichheit. Deshalb müssen Eltern und vor allem Fachkräfte ihre eigenen Haltungen, gesellschaftliche Werte und Normen sowie das eigene Medienhandeln kritisch hinterfragen.

Am Nachmittag wurden die Themen des Vortrags in verschiedenen Workshops aufgegriffen, vertieft und in die Praxis übertragen. jugendschutz.net stellte Strukturen vor, die Jugendliche vor Gefahren im Internet schützen. Das Institut für Medien und Pädagogik Rheinland-Pfalz beschäftigte sich mit medienpädagogischen Ansätzen, die junge Menschen dazu befähigen sollen, sich selbst vor gefährdenden Einflüssen zu schützen. Nicole Müller vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz referierte schließlich zum aktuellen Stand des Jugendschutzgesetzes und des Jugendmedienschutzstaatsvertrags. Mit einer weiteren Änderung des Jugendschutzgesetzes, nachdem die E-Zigaretten und E-Sishas mit aufgenommen wurden, sei in dieser Legislaturperiode des Bundes nicht mehr zu rechnen.

Einig war man sich am Ende, dass trotz aller Neuerungen, Herausforderungen und Chancen, die das Thema Medien für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen mit sich bringt, nicht vergessen werden darf, dass es für Kinder und Jugendliche noch immer um die Bewältigung von ganz normalen Entwicklungsaufgaben geht.

Lisa Bamberger und Florian Reinert
Telefon 06131 967-379
Reinert.Florian@lsjv.rlp.de

DER BLICK ZURÜCK

Fachtag des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“

Der dritte Fachtag des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“ am 19. April 2016 im Neustadtzentrum in Mainz widmete sich am Vormittag aktuellen rechtspopulistischen Entwicklungen. Lucia Stanko, Referatsleiterin im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen führte die Teilnehmenden durch ihre Grußworte in die Thematik ein.

Als erster Referent befasste sich Prof. Frank Decker von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit rechtspopulistischen Parteien in (West)-Europa sowie deren Wandel von einem Protestphänomen zu politischen Dauererscheinungen. Er machte deutlich, dass für die Entstehung rechtspopulistischer Parteien nicht ökonomische Entwicklungen die eigentlichen Auslöser sind, sondern ökonomische Verteilungskonflikte einhergehend mit subjektiven Verlust- und Abstiegsängsten. Durch soziokulturelle „Aufladungen“ könnten sich diese zu ethnischen oder nationalen Konflikten entwickeln.

Dr. Marcel Lewandowsky von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg referierte anschließend zu „Die Alternative für Deutschland (AfD) – Einordnung und Perspektiven einer neuen Partei rechts der Mitte“. Analysen des Auftretens und der Programmatik der AfD würden belegen, dass die AfD sich auf dem Weg zu einer klassisch rechtspopulistischen Partei befinde. Zur Entzauberung der Partei sei es notwendig, sie auf der Sachebene zu stellen bzw. ihr nicht die Rolle einer Protestpartei zu überlassen. Wichtig sei es darüber hinaus, AfD-Wählerinnen und -wähler zu überzeugen bzw. „zurückzuholen“. Dazu bedürfe es des Einstehens für Demokratie und Pluralismus, verbunden mit der Vermeidung des Relativierens der eigenen Positionen. Für die argumentative Auseinandersetzung mit AfD-Sympathisanten könne die Strategie des In-Beziehung-Setzens der Person mit dem Programm der AfD hilfreich sein, um dessen Diskrepanzen und oftmals starke Abweichungen zu eigenen persönlichen und gesellschaftlichen Zielen aufzuzeigen.

Der Nachmittag war der gegenseitigen Information und der Vernetzung gewidmet. Die Teilnehmenden hatten die Gelegenheit, mittels 10-minütiger Inputs von interessanten Neuigkeiten und Entwicklungen in Ihren Organisationen zu berichten.

So informierten Prof. Dr. Stephan Bundschuh von der Hochschule Koblenz über seine aktuelle Forschungsprofessur zur Prävention gegen Autoritarismus, Mechthild Gerigk-Koch über Entwicklungen in der Landesantidiskriminierungsstelle, Alrun Schleiff über die noch junge Forschungsgruppe Rechtspopulismus innerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung RLP, Miguel Jasso vom Modellprojekt „Leitplanke“ über eine praxisbegleitende Fortbildung zur salutogenetischen Prävention religiöser Radikalisierung sowie Joachim Schulte als Sprecher von QueerNet über ein neues Beratungsangebot für queere Geflüchtete.

Abschließend berichteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben in Rheinland-Pfalz unter anderem über die erfolgreiche

Gewinnung neuer Netzwerkmitglieder und über die Mitteilung des Bundesjugendministeriums, dass die Fördersumme für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ab dem kommenden Jahr auf 104 Mio. Euro verdoppelt werden soll.

Dr. Richard Hartmann, ehemaliger Abteilungsleiter im Jugendministerium, der sich dankenswerterweise wieder als Tagesmoderator zur Verfügung gestellt hatte, verabschiedete die Teilnehmenden mit einem sehr positiven Resümee zum Fachtag in ihren beruflichen Alltag.

Anna Dammermann
Telefon 06131 967-405
Dammermann.Ann@lsjv.rlp.de

Dominik Enders
Telefon 06131 967-504
Enders.Dominik@lsjv.rlp.de

Bundestagung des Netzwerks Fortbildung: Kinder bis drei

Expertinnen und Experten der Fortbildung und Beratung im Bereich Frühpädagogik trafen sich zur achten Bundestagung des Netzwerks vom 20. bis 22. April 2016 in Osnabrück (<http://netzwerk-fortbildung.jimdo.com>). Die gut einhundert Teilnehmenden erwartete eine Mischung aus Vorträgen, Arbeitsgruppen, Open-Space-Sequenzen und einem moderierten plenaren Austausch. Gastgeber war dieses Jahr das *nifbe* (Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung). Das *nifbe* ist sehr erfahren in der Netzwerkarbeit innerhalb Niedersachsens und war damit ein geeigneter Gastgeber für die Teilnehmenden, die hohen Wert auf Beteiligung und Austausch legen.



Diskussionsfreudige Atmosphäre

Die Netzwerk-Tagungen zeichnen sich aus durch ausgesprochen lebhaft und konkurrenzarme Fachdiskussionen auf hohem Niveau. Die Mischung der Teilnehmenden macht es aus: erfahrene Erwachsenenbildungsprofis treffen auf Verantwortliche bei Trägern, auf Fachberatungen, auf Hochschulvertreter und Fachschullehrkräfte. Alle arbeiten an Fragen der Qualität in der Kinderbetreuung und dies auf allen Ebenen: der Struktur-, Orientierungs- und Prozessqualität.

Vorträge und Diskussionen

Impulse gaben zum Beispiel Vorträge: Die Rolle der Fachberatungen im Hinblick auf die Nachhaltigkeit von Fortbildung wurde im Kontext eines *nifbe*-Projektes dargestellt. In der anschließenden Diskussion wurde die Profilunschärfe von Fachberatung bundesweit deutlich. Klärungsprozesse und Positionierungen seien unumgänglich, wenn Fachberatung als ein Element der Qualitätssicherung im Feld gesehen würde. Die Bedürfnisse geflüchteter Kinder in Kitas sowie die Chancen und Grenzen für Fachkräfte referierte Gülcan Yoksulabakan-Üstüay.



Gülcan Yoksulabakan-Üstüay

Sie warb für einen gelasseneren Umgang mit diesen Kindern und deren Familien. Nicht alle seien traumatisiert, es seien nicht lauter „arme“ oder „traurige“ Menschen, sondern Menschen, die ihr Recht auf Asyl beanspruchen und einen sicheren Ort mit

Perspektive bräuchten. Die Kita-Praxis sei meist schon gut aufgestellt, müsse teilweise die pädagogische Arbeit anpassen. Am Beispiel der Eingewöhnung werde deutlich, dass starre Modelle nicht hilfreich seien.

Einen Blick zum Nachbarn ermöglichte Serv Vinders (childcare international), der die Ausrichtung der niederländischen Frühpädagogik als arbeitsmarktpolitisches Instrument darstellte. Die Krippe oder Kita gelte weniger als Bildungseinrichtung, sondern ermögliche Eltern, ihrer Arbeit nachzugehen. Nur wenn beide Eltern arbeiten, dürfe ein Kind ab dem Alter von 10 Wochen betreut werden – und nur zu den Zeiten, wenn die Eltern am Arbeitsplatz sind, sonst nicht. Die Arbeitgeber beteiligten sich zu einem Drittel an den Kosten. Eltern(teile), die nicht arbeiten, dürften ihr Kind nicht in die Betreuung geben. Erst ab dem Alter von zweieinhalb Jahren sei dies für 10 Stunden in der Woche möglich. Ab dem Tag, an dem ein Kind vier Jahre alt wird, gehe es ganztags in eine Vorschule (99,5 % aller Kinder), ab fünf gelte die allgemeine Schulpflicht.



Serv Vinders

Die weiblichen Beschäftigten in den Niederlanden arbeiten überwiegend in Teilzeit, die Aufenthaltsdauer in der Krippe oder Kita sei äquivalent dazu. Die Betreuungszeit könne wöchentlich variabel gestaltet werden, womit das bei uns bedeutsame Thema der konstanten Kita-Bezugspersonen in den Niederlanden ganz anders gesehen würde. Die ersten Jahre seien in der Verantwortung der Eltern, so sei die Meinung der niederländischen Mütter und Väter.

Im Anschluss an diesen Vortrag gab es eine mehr als zweistündige plenare Diskussion unter der Überschrift „Flexibilisierung der Kinderbetreuung“. Mehrere Expert/innen brachten nach und nach ihre jeweilige Sicht auf dieses Thema ein. Das Programm KitaPlus (<http://kitaplus.fruehe-chancen.de>) des BMFSFJ wurde erläutert; die frauenpolitische Perspektive wurde ebenso eingebracht wie die Schlafbedürfnisse von Kindern. Was Firmen unter Familienfreundlichkeit verstehen und was flexible Öffnungszeiten auch arbeitsrechtlich für Träger bedeuten, wurde engagiert erörtert. Im Gedächtnis bleiben wird auch die Aufforderung einer Netzwerkerin, das Wort Familien“freundlichkeit“ durch Familien“gerechtigkeit“ zu ersetzen.

Open Space und Konsequenzen der Tagung

Ohne die Methode Open Space wären die Netzwerk-Tagungen „nur“ eine Tagung: Nicht schlecht, aber bei weitem nicht so teilnehmerorientiert, variantenreich und lebendig. Themen, die im Open Space eingebracht wurden waren zum Beispiel:

- Wie kann es gelingen, Führungskräfte in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser einzubinden (um die Wirksamkeit zu erhöhen)?

- Wie kann man als Fortbildnerin mit dem Dilemma der Trägerberatung bei gleichzeitigem Fortbildungsauftrag für dessen Fachkräfte umgehen?
- Welche Inhalte und Methoden sind geeignet, um Fachkräfte im Hinblick auf ihre Haltung zu sensibilisieren?
- Wie gehen die Bundesländer mit Quereinsteigern in die Kita um?
- Wie kann es gelingen, die Kompetenzen und das Wissen erfahrener Fortbildnerinnen und Fortbildner an den Nachwuchs weiter zu geben?
- Bindung war gestern – Beziehungsgestaltung auf der Grundlage der kindlichen Bedürfnisse ist heute angezeigt.

Insbesondere für Freiberufler ist das Netzwerk Fortbildung der ideale (oft einzige) Ort des kollegialen Austauschs, der Weiterentwicklung von Themen und der Vergewisserung der eigenen Rolle. Im nächsten Jahr tagt das Netzwerk vom 26. bis 28. April 2017 in Berlin.

Veronika Bergmann
Telefon 06131 967-133
Bergmann.Veronika@lsjv.rlp.de

Kinderrechte-Fachtagung 2016

Recht des Kindes auf Persönlichkeits- und Menschenrechtsbildung

Am 30. Mai 2016 fand zum neunten Mal und zum letzten Mal unter der Federführung von Sissi Westrich die interdisziplinär ausgerichtete Kinderrechte-Fachtagung in Mainz statt.

Diesmal im Fokus stand der Art. 29 der UN Kinderrechtskonvention – das Recht des Kindes auf Persönlichkeits- und Menschenrechtsbildung.

Nach dem dichterischen Auftakt durch die Poetry Slamerin Furat Abdulle von der Muslimischen Hochschulgruppe Mainz, die unter anderem gegen Vorurteile und Diskriminierung schreibt, wurden die zahlreich erschienen Gäste von der neu ernannten Ministerin Anne Spiegel vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (MFFJIV) begrüßt. Mit einem Zitat von Nelson Mandela: „Bildung ist die mächtigste Waffe, um die Welt zu verändern“ eröffnete sie die Tagung und stieg somit passend ins Thema Menschenrechtsbildung ein.

Dr. Sandra Reitz vom Deutschen Institut für Menschenrechtsbildung referierte über Bildung für und durch Menschenrechte. Dabei seien die Staaten selbst die Hauptverantwortlichen für die Verbreitung und Umsetzung von Menschenrechten.

Das Institut für Menschenrechtsbildung empfiehlt in diesem Zusammenhang Folgendes:

- Die Bereitstellung kindgerechter, expliziter und möglichst inklusiver Bildungsmaterialien zur Menschenrechtsbildung, hier auch insbesondere für jüngere Kinder.
- An der Entwicklung von Qualitätskriterien im Bereich der Menschenrechtsbildung mitzuwirken und die Entwicklung und Nutzung der Menschenrechtsbildung zu begleiten.
- Die Überprüfung inwiefern die bestehenden Angebote um rechtebasierte Partizipation ergänzt werden können.

Entsprechende Publikationen und Materialien stehen zum Download und zum Bestellen auch auf der Homepage des Instituts für Menschenrechtsbildung zur Verfügung ([<Hier>](#)).

Im Anschluss referierten Petra Fliedner und Felix Eitel vom Landesjugendamt zu den Aufgaben und Angeboten der Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben!“ und zum salutogenetisch orientierten Landeskonzept zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung junger Menschen.

Das Kompetenznetzwerk mit der Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben!“ stützt sich auf die Säulen: Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, Partnerschaften für Demokratie und Prävention gegen islamistische Radikalisierung. Die sogenannten Beratungsknoten sind dabei Ansprechpartner vor Ort und unterstützen unter anderem Bürgerinnen und Bürger, die von extremistischen Aktivitäten betroffen sind oder die sich gegen Extremismus engagieren wollen. Hierbei spielen vor allem Vernetzung und Prävention eine große Rolle.

Aktuell sind vor allem die Stärkung von Ehrenamtlichen in der Unterstützung von Geflüchteten sowie die Auseinandersetzung mit augenscheinlich zunehmendem Rechtspopulismus relevant.

Petra Fliedner berichtete von der Radikalisierungsprävention, die zur Ausgangslage das Phänomen der religiösen Radikalisierung junger Menschen mit gesellschaftlichem und individuellem Hintergrund hat. Hierbei stehen die Methoden der Beratung, der De-Radikalisierung und der Intervention im Vordergrund. Das Präventionsnetzwerk hat einen Adressverteiler eingerichtet. Dieser soll als Basis für das Netzwerk zum spezifischen Austausch dienen.

Die Soziologiestudentin Anna Kasparyan gab einen ganz persönlichen Einblick darüber, was sie selbst als asylsuchendes Kind und Jugendliche stärkte. In ihrer Vergangenheit waren viele Entwicklungen vom Glück abhängig und dies dürfe keinesfalls so sein. Das Potenzial, das viele ausländische Jugendliche mitbringen, müsse gefördert werden. Dazu sind aus ihrer Sicht insbesondere Strukturveränderungen erforderlich.

Sehr lebendig und anschaulich zeigten Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse der Schloss-Ardeck-Grundschule aus Gau-Algesheim, wie sie mit dem Instrument der Kinder-Konferenz ihre Kinderrechte kennenlernten und was es bedeutet, demokratisch zu handeln. Ihr Wunsch ist es, dass alle Kinder auf der Welt um die Kinderrechte wissen und sie in Deutschland ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Dass aus einer Schülerinitiative eine globale Bewegung werden kann, zeigt das Projekt „Plant-for-the-Planet“ ([<hier>](#)). Hier engagieren sich Kinder als Botschafter für Klimagerechtigkeit und geben ihr Wissen in Akademien an andere Kinder weiter. Das Projekt ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie Kinder soziale Verantwortung übernehmen können und wie durch sie andere Kinder und Erwachsene zu aktivem Handeln ermutigt werden.

MAKISTA ([<hier>](#)) – das steht für Kinderrechte und Demokratie durch Bildung. Lea Berend stellt das peer-to-peer Projekt für Kitas und Schulen vor. Der Verein bietet Fortbildungen und Workshops für Schulen und Eltern an und führt Projekte und bundesweite Aktionen durch, um Kindern ihre Rechte bekannt zu machen.

„Es gibt nichts Wichtigeres, als Kindern ihre Rechte zu geben.“ Mit diesem treffenden Statement beendete Klaus-Peter Lohest, Abteilungsleiter für Familie im MFFJIV, die diesjährige Kinderrechte-Fachtagung.

Carina Hormesch
Telefon 06131 967-162
Hormesch.Carina@lsjv.rlp.de

Aline Kröhle
Telefon 06131 967-289
Kroehle.Aline@lsjv.rlp.de

Jugend stärken! – Fachtagung

Am 31. Mai 2016 fand auf dem Campus der Uni Mainz unter dem Titel „Jugend stärken“ der zweite Fachtag des „DivAN“ statt.

Der spezifische Adressverteiler „DivAN“ (Diversitätsorientierte Arbeit im Netzwerk) eröffnet Fachkräften den Zugang zu diversitätsorientierten Fortbildungs-, Austausch- und Kooperationsangeboten. Die Adressdatei wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aufgebaut und steht u.a. im Kontext des Programmziels, einer religiösen Radikalisierung junger Menschen vorzubeugen. Ein Schwerpunkt des Landeskonzepts zur Verhinderung religiös begründeter Radikalisierung junger Menschen ist eine salutogenetisch orientierte Präventionsarbeit. Die beste Prävention ist dabei die umfassende Förderung und Stärkung junger Menschen.

Zu Beginn stellten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Koordinierungsstelle ‚Prävention gegen religiös begründete Radikalisierung‘ im Interview durch die Moderatorin kurz vor.

Der weitere Vormittag wurde von Prof. Heiner Keupp, mit dem Vortrag „Jugend stärken – Aspekte eines salutogenetischen Präventionskonzeptes“ gestaltet, aus dem sich eine rege Diskussion entwickelte.

Professor Heiner Keupp, der unter anderem maßgeblich am 13. Kinder- und Jugendbericht beteiligt war, stellte den theoretischen Bezugspunkt des Landeskonzepts zur Radikalisierungsprävention „Salutogenese“ vor und setzte diesen in den Kontext einer präventiven Jugendsozialarbeit. Keupp plädiert dafür, Jugendliche nicht zu problematisieren sondern ihre positiven Ressourcen zu stärken. Um einer Radikalisierung vorzubeugen, sollte die Gesellschaft Chancengleichheit ermöglichen und Angebote bereithalten, die zu einer Teilhabe am demokratischen Leben befähigen. Dies führt zum Erleben von Selbstwirksamkeit und zu gestärktem Selbstvertrauen.

Nach einer Mittagspause fanden sich 5 Kleingruppen zusammen, in denen sich Personen aus verschiedenen Bereichen der Pädagogik, Bildung und Politik über ihre spezifischen Arbeitsfelder und Erfahrungen im Bereich „Jugend stärken“ austauschten. Des Weiteren wurden Anforderungen, Erwartungen und Wünsche an ein Präventionsnetzwerk gesammelt und diskutiert. Die Koordinierungsstelle wird die Ergebnisse aus den Gesprächen auswerten und überlegen, welche Arbeitsstrukturen sinnvoll sind.

Zum Abschluss bekundete Jugendministerin Anne Spiegel ihr großes Interesse an der Arbeit des Netzwerks.

Anna Dammermann
Telefon 06131 967-405
Dammermann.Anna@lsjv.rlp.de

Dominik Enders
Telefon 06131 967-504
Enders.Dominik@lsjv.rlp.de

FÜR SIE BESUCHT...

Flüchtlingsfamilien im Schatten der Hilfe?

Geflüchtete minderjährige Kinder und Jugendliche und ihre Familien in Deutschland

Zur Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag kamen am 14. und 15. April 2016 über 190 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland nach Berlin. Das Publikum setzte sich überwiegend aus Fachkräften von Kommunen, freien Trägern und Stiftungen zusammen. Im Fokus der Tagung stand das Leben von Flüchtlingsfamilien vor und nach ihrer Anerkennung in Deutschland. Vertreter und Vertreterinnen mehrerer deutscher Großstädte, u. a. Köln, München und Dortmund, berichteten in Vorträgen über ihre Erfahrungen, Strategien und Lösungen zur Bewältigung des deutlichen Anstiegs von begleiteten und unbegleiteten geflüchteten Kindern und Jugendlichen und deren Familien.

Unabhängig davon, aus welcher Stadt berichtet wurde, betonten alle Vortragenden die Notwendigkeit der Vernetzung und den Auf- und Ausbau von lokalen Kooperationen aller beteiligten Akteure. Denn durch die Zusammenarbeit und Abstimmung in festen Kooperationsstrukturen verbessere sich die örtliche Handlungsfähigkeit, Doppelstrukturen könnten vermieden und Herausforderungen unterschiedlichster Art und Umfangs gemeinsam erfolgreich bewältigt werden. Beispielhaft bewertete die Dezernentin für Schule, Jugend und Familie der Stadt Dortmund die Bedeutung dieser Strukturen im Rückblick wie folgt: „Kooperation, auch mit der Zivilgesellschaft, hat uns stark gemacht.“ Auch schilderten die Vertreter der Kommunen, dass die im Frühjahr 2016 aufgrund der rückläufigen Zahlen freiwerdende Zeit genutzt werden sollte, um von der „Phase des Chaos“ in Ordnungs- und Planungsprozesse überzugehen, um auf die Entwicklungen der weltweiten Flüchtlingsbewegungen vorbereitet zu sein. Ziel sollte es nicht sein, spezialisierte Angebote weiter auszubauen, sondern vielmehr die geflüchteten Kinder und Jugendlichen in Regelangebote und vorhandene Hilfssysteme zu integrieren. Denn diese verfügten über die notwendige Fachlichkeit, um den Bedürfnissen dieser Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Um dies zu ermöglichen, sei es wichtig, einen Zugang zu Flüchtlingsfamilien zu finden und Informationen über die Angebote zu vermitteln. So komme es z. B. vor, dass Familien, die dezentral untergebracht sind, nur schwer erreicht werden und dass viele Flüchtlinge nichts über Hilfsangebote in Deutschland, wie Kindertagesstätten oder Jugendhilfe, wissen. Eine Möglichkeit, dies zu verbessern, wurde besonders häufig genannt: Brückenangebote. Darunter werden niedrigschwellige Angebote verstanden, die Flüchtlingsfamilien und deren Kindern den Zugang zu institutionellen Regelangeboten erleichtern, z. B. mobile Angebote, halboffene Gruppen und Eltern-Kind-Gruppen. Daraus ergab sich die Frage: Wie lange ist eine Flüchtlingsfamilie eine Flüchtlingsfamilie? Mit der Hintergrundfrage: Wie lange wird das Merkmal der Flucht die Familie und die Hilfsangebote prägen? So hat z.B. die Stadt Köln ihren schon vorher existierenden „Interkulturellen Dienst“ (als Spezialdienst des ASD) aufgestockt um mehr familienbegleitende Angebote vorhalten zu können. Hier werden die Flüchtlingsfamilien als Familien mit Flucht- und Zuwanderungshintergrund angesehen.

Im Kontrast zu den Großstädten kam auf der Fachtagung auch ein Flächenlandkreis aus Nordrhein-Westfalen, der Landkreis Steinfurt, zu Wort. Dort ist die Mobilitätsinfrastruktur im Vergleich zu Großstädten anders aufgestellt. Zum Beispiel kann ein Flüchtling, wenn er in einem kleinen Ort untergebracht ist, aufgrund der Fahrzeiten des ÖPNV, nicht einfach an Angeboten außerhalb des Ortes teilnehmen. Aber auch „Kleinigkeiten“, wie Mülltrennung und Verkehrsregeln, können zu Konflikten führen, sodass die Akzeptanz der örtlichen Bevölkerung davon stark beeinflusst wird. Darüber hinaus möchten viele der Flüchtlinge nicht im Landkreis leben, sondern vielmehr in den Großstädten, sodass ca. 30 % der Flüchtlinge den Landkreis Steinfurt eigenmächtig nach der Zuweisung wieder verlassen. Unbegleitete minderjährige Ausländer haben im Landkreis eine gute Perspektive, wenn Spracherwerb und Berufsqualifizierung erfolgreich waren.

Ergänzt wurden die Beiträge aus den Großstädten und dem Landkreis durch Vorträge aus der Wissenschaft. So stellte das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) erste Ergebnisse eines aktuellen Forschungsprojekts (Oktober 2015 bis Ende 2016) vor. Das DJI erforscht dabei die subjektiven Erfahrungen von begleiteten und unbegleiteten geflüchteten Kindern und Jugendlichen zur eigenen Lebenslage. Die bisher interviewten Personen wünschen sich eine feste Bezugsperson und sehen überwiegend den Vormund als diesen an. Allerdings schilderten mehrere Interviewte, dass der Kontakt zum eigenen Vormund schwierig sei, was den Umfang und die Erreichbarkeit betrifft. Teilweise berichten die Kinder und Jugendlichen auch, dass sie durch die Unterbringungssituation in Deutschland eine Retraumatisierung erleben. Gerne hätten die geflüchteten Minderjährigen auch besseren und vermehrten Kontakt zu deutschen Peergroups, jedoch haben sie den Eindruck, dass diese nichts mit ihnen zu tun haben wollen.

Prof. Dr. Ingrid Breckner (HafenCity Universität Hamburg) referierte in ihrem Vortrag über die Anforderungen an eine integrierte Stadtentwicklungsplanung. Zunächst erläuterte sie, dass die Wohnungsnot und -suche in deutschen Städten katastrophal seien. Die Situation habe sich durch den Zuzug der vielen Menschen noch weiter verschärft. Vor allem in den Großstädten sei die Lage prekär, wobei die bisher neu geplanten Wohnungen noch nicht einmal den aktuellen heimischen Bedarf decken werden. Eine Möglichkeit dieser Situation zu begegnen, wäre das Bauplanungsrecht anzupassen, um einfacher und schneller neue Wohnungen realisieren zu können. Außerdem stehen gegensätzlich zur Wohnungsnot in Deutschland zahlreiche Schulen und Büroflächen leer. Hier könnte durch eine Umwandlung in Wohnraum dem zusätzlichen Bedarf begegnet werden. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen spiele die soziale Infrastruktur in der näheren Umgebung eine wichtige Rolle. Jedoch fehle diese oft in städtischen und ländlichen Randgebieten bzw. wird sie bei der Planung von neuen Unterkünften kaum berücksichtigt. Maßnahmen wie Quartiersmanagement oder das Programm Soziale Stadt könnten die Lebenssituation von Flüchtlingen verbessern und eine langfristige Wohnperspektive eröffnen. Auch fehlen bisher umfassende Angebote, besonders für Kinder- und Jugendliche, um ihren neuen Lebensort kennenzulernen. Hier kann z. B. mithilfe einer Stadtrallye der Wohnort spielerisch erkundet und gleichzeitig urbane Kompetenz erlernt werden.

Für UNICEF Deutschland trug Dr. Sebastian Sedlmayer die Sichtweise des Kindeshilfswerks zum Thema der Tagung vor. Seiner Ansicht sei die Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel ein „Glücksspiel“ für die Flüchtlinge. Denn je nachdem, wohin

diese verteilt würden, fänden die Flüchtlinge an ihrem neuen Lebensort gute oder schlechte Bedingungen vor, was z. B. die Wohnsituation, die Akzeptanz der Bevölkerung oder die soziale Infrastruktur betrifft. Die Situation von Kindern in Gemeinschaftsunterkünften variere sehr stark. Oft fehlten für Familien und deren Kinder adäquate Unterbringungskonzepte. Dies verschärfe meist noch die Tatsache, dass die Eltern nach der Flucht ihre Elternrolle nicht ausreichend wahrnehmen könnten. Es komme zu einem Rollentausch mit den Kindern, die dann als Mittler zwischen Erwachsenen und Ankunftsland auftreten.

Aus der Praxis einer Flüchtlingseinrichtung berichtete Ilda Kolenda vom Diakonischen Werk Dortmund. Dort komme es immer wieder vor, dass unbegleitete Minderjährige zusammen mit ihren volljährigen Geschwistern in die Gemeinschaftsunterkunft verlegt würden. Dies stelle sich jedoch meist als völlig ungeeignet heraus, da die volljährigen Geschwister selbst noch zu jung seien und sich kaum um ihr eigenes Leben und somit auch nicht angemessen um den unbegleiteten Minderjährigen kümmern könnten. Deshalb sei die Praxis der Übernahme von Vormundschaften durch volljährige Geschwister kritisch zu hinterfragen.

Vertieft wurden die einzelnen Vorträge durch Workshops zu verschiedenen Themenfeldern. Hier tauschten sich die Teilnehmenden angeregt aus und hatten die Möglichkeit, die eigene Praxis mit anderen Fachkräften zu diskutieren.

Insgesamt war dies eine Tagung mit hoher Informationsdichte, bei der man einen guten Eindruck von der aktuellen Hilfepraxis in Deutschland für Flüchtlingsfamilien bekommen und zahlreiche Ideen für die Arbeit im eigenen Bundesland mitnehmen konnte.

Samuel Baumann
Telefon 06131 967-366
Baumann.Samuel@lsjv.rlp.de

TERMINE

29. August bis 28. November 2016 (online), Präsenztag: 10. Oktober 2016 Die Einjährigen kommen

Ort: online und Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum, 55118 Mainz

Zielgruppe: Fachkräfte in Kindertagesstätten

Veranstalter: SPFZ

Das Angebot unterstützt die pädagogischen Fachkräfte praxisnah, die Bedürfnisse von einjährigen Kindern zu deuten, die Zusammenarbeit mit den Eltern leichter zu erleben und eine sozial förderliche Umwelt mitzugestalten. Es hilft wichtige Entwicklungsschritte im zweiten Lebensjahr zu erkennen, zu begleiten und zu fördern.

Kontakt:

Karin Klein-Dessoy, Telefon 06131 967-131, Klein-Dessoy.Karin@lsjv.rlp.de

5. September bis 5. Dezember 2016 (online) Bindung

Zielgruppe: Fachkräfte der Sozialen Arbeit und der Gesundheitshilfe

Veranstalter: SPFZ

Im online-Kurs werden Grundlagen, neueste Erkenntnisse und Transfermöglichkeiten für die praktische Arbeit in unterschiedlichen Arbeitsfeldern vermittelt, z. B. zu Bindungstheorie und Bindungsforschung, Bindungsgrundlagen, Bindungsqualität bei Säuglingen und Kleinkindern, Bindungsmustern, Bindungserfahrungen im Lebenslauf.

Kontakt:

Karin Klein-Dessoy, Telefon 06131 967-131, Klein-Dessoy.Karin@lsjv.rlp.de

5. bis 6. September und 14. November 2016 A 8 - Jede Organisation tickt anders. Wie Organisationen nach außen wirken und wie wir die Wirkung beeinflussen können.

Ort: Hotel INNdependence, 55131 Mainz

Zielgruppe: (stellvertretende) Leitungskräfte und Fachkräfte, die in nächster Zeit Leitungsfunktionen übernehmen

Veranstalter: SPFZ

In diesem Seminar analysieren Sie mit anderen Führungskräften auf der Grundlage des "Drei-Ebenen-Modells" von Ed Schein die eigene Einrichtung und geben sich gegenseitig Feedback. Damit erhalten Sie Instrumente, die Ihnen bei Ihren Führungs- und Integrationsaufgaben hilfreich sein können.

Kontakt:

Susanne Kros, Telefon 06131 967-130, Kros.Susanne@lsjv.rlp.de

**5. bis 7. September 2016, 28. bis 29. November 2016, 13. bis 14. Februar 2017
„Hier kann ja jede/r kommen!“ Inklusion in Kindertagesstätten**

Ort: Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum, 55118 Mainz
Zielgruppe: Fachkräfte in Kindertagesstätten
Veranstalter: SPFZ

Die Qualifizierung hat folgende Schwerpunkte:

- Grundlagen inklusiver Pädagogik für Kindertageseinrichtungen
- Besondere Bedingungen kindlicher Entwicklungs- und Bildungsprozesse
- Formen von Behinderung und Entwicklungsgefährdungen von Kindern
- Rechtliche Grundlagen, Rahmenbedingungen und Finanzierungsmöglichkeiten
- Erziehungspartnerschaft mit Eltern von Kindern mit Behinderung
- Aufbau von Unterstützungsstrukturen und multiprofessionelle Zusammenarbeit

Kontakt:
Karin Klein-Dessoy, Telefon 06131 967-131, Klein-Dessoy.Karin@lsjv.rlp.de

**8. bis 9. September 2016
A 4 – Produktive und zielgerichtete Moderation**

Ort: Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum, 55118 Mainz
Zielgruppe: Fach- und Führungskräfte der Sozialen Arbeit
Veranstalter: SPFZ

Häufig sind Sitzungen und Arbeitskreise nicht effektiv, haben wenig Struktur und die Ergebnisse bleiben unklar. Hier will dieses Seminar mit folgenden Inhalten verändernd ansetzen:

- Rollenklärung und Aufgaben der Sitzungsleitung
- Aufbau und Realisierung der Tagesordnung
- Gestaltung der Anfangs- und Endphase
- Kreative Arbeitsformen für Themeneinstieg und -bearbeitung
- Organisation von Entscheidungsprozessen, Verankerung von Beschlüssen
- Konstruktiver Umgang mit Störungen und Aktivierung der Teilnehmenden

Kontakt:
Susanne Kros, Telefon 06131 967-130, Kros.Susanne@lsjv.rlp.de

**10. November 2016
A 3 – Bilderzauber zum Präsentieren und Lehren**

Ort: Hotel INNdependence, 55131 Mainz
Zielgruppe: Fach- und Führungskräfte der Sozialen Arbeit
Veranstalter: SPFZ

Sie wollen wirksam präsentieren, gut unterrichten: Manchmal ist Powerpoint tatsächlich ein gutes Medium dafür. Aber leider ist es ein weit verbreiteter Irrtum, eine Powerpointfolie per se mit „Visualisierung“ zu verwechseln und für interessant zu halten. So einfach ist es nicht.

Wer aber weiß, was „Visualisieren“ wirklich bedeutet und gelernt hat, Vortrags- und Lehrinhalte in Bilder zu übersetzen, kann mit Powerpoint zaubern: Fesselnde Präsentationen, denen Ihre Zuhörerinnen und Zuhörer folgen wollen, weil sie echte Verständnishaften sind, die sich einprägen und nachwirken.

Wie das geht, erfahren und üben Sie in diesem Tagesseminar.

Kontakt:

Susanne Kros, Telefon 06131 967-130, Kros.Susanne@lsjv.rlp.de

14. bis 15. November 2016

A 7 II – Strategische Unternehmensplanung in sozialen Organisationen

Ort: Hotel INNdependence, 55131 Mainz

Zielgruppe: Führungskräfte in der Sozialen Arbeit

Veranstalter: SPFZ

Das Seminar ist Teil der Fortbildungsreihe „Betriebswirtschaftliche Grundlagen für Führungskräfte in Sozialen Organisationen“. In den insgesamt drei Modulen (2 x 2 und 1 x 4 Tage) werden Grundkenntnisse der Betriebswirtschaft für soziale Organisationen vermittelt, um finanzielle Risiken und Kosten richtig verstehen und einschätzen zu können.

Bezogen auf Ihren Arbeitsalltag erhalten Sie einen fundierten Einblick in betriebswirtschaftliche Grundlagen, der Sie in die Lage versetzt, Ihre Organisation auch in Zukunft zu steuern.

Die anderen Module werden 2017 angeboten.

Jedes Seminar ist aber auch einzeln und unabhängig von den anderen buchbar.

Seminarschwerpunkte

- Vierstufiges Prozessmodell für die Strategieentwicklung
- Analyseinstrumente
- Erkennen zentraler Handlungsfelder
- Erkennen von Ertragspotentialen
- Strategische Ziele und Normstrategien
- Umsetzung strategischer Handlungspläne und Evaluation

Kontakt:

Susanne Kros, Telefon 06131 967-130, Kros.Susanne@lsjv.rlp.de

IMPRESSUM

Nächste Ausgabe im August 2016

[<zurück>](#)

IMPRESSUM

Das Informationsmagazin des Landesjugendamtes Rheinland-Pfalz

Herausgeber:

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz
– Landesjugendamt –
Rheinallee 97-101
55118 Mainz
Telefon 06131 967-289
Telefax 06131 967-12289
landesjugendamt@lsjv.rlp.de
www.landesjugendamt.de

Redaktion (verantwortlich):

Birgit Zeller

